



Inhaltsverzeichnis

| | | |
|------------|--|---|
| 25.02.2026 | epd Landesdienste: Atomkraftgegner demonstrieren in Ahaus erneut gegen Castor-Transporte | 3 |
| 24.02.2026 | Mitteldeutsche Zeitung - Weißenfelser Zeitung: Wohin mit dem Endlager? | 4 |
| 24.02.2026 | Landeszeitung für die Lüneburger Heide: „Würde Airbus-Absturz überstehen“ | 6 |
| 23.02.2026 | vdi-nachrichten.com: Atom-Pläne mit neuartigen Reaktoren „fern jeder Realität“ | 8 |

Atomkraftgegner demonstrieren in Ahaus erneut gegen Castor-Transporte

Ahaus/Jülich (epd). Der Protest gegen geplante Atomtransporte durch Nordrhein-Westfalen reißt nicht ab. Ein breites Bündnis aus Umweltverbänden, Klimagruppen, Kirchen und Parteien ruft für den 7. März zu einer Anti-Atom-Demonstration in Ahaus auf, wie die Organisatoren am Mittwoch mitteilten. Unter dem Motto «Stoppen wir den Castor-Wahnsinn, bevor er losgeht!» dringen die Anti-Atomkraft-Initiativen darauf, dass die Castor-Transporte über die Straßen abgesagt werden. Stattdessen solle der Atommüll bis zum Bau eines Endlagers weiter in Jülich gelagert werden, hieß es.

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) hatte im vergangenen Jahr die Genehmigung für Castor-Transporte erteilt. Demnach sollen 152 Behälter mit rund 300.000 Brennelementekugeln aus dem Forschungszentrum Jülich ins Zwischenlager Ahaus im westlichen Münsterland gebracht werden. Die Betriebserlaubnis für die Lagerstätte in Jülich ist seit

Jahren ausgelaufen. Geplant sind mehrere Fahrten aus dem Rheinland nach Westfalen. Die etwa 170 Kilometer lange Strecke führt unter anderem durch das Ruhrgebiet.

Genehmigung für Zwischenlager Ahaus läuft 2036 aus

Atommüll gehört nicht auf die Autobahn, betonten Marita Boslar vom Aktionsbündnis «Stop Westcastor» und Hartmut Liebermann von der Bürgerinitiative «Kein Atommüll in Ahaus». Auch das Zwischenlager in Ahaus bringe keinen Sicherheitsgewinn, da dessen Genehmigung 2036 auslaufe. «Anstatt den ersten Castor-Transport mit einem erheblichen Polizeiaufwand vorzubereiten, sollten alle Beteiligten endlich zurück an den Verhandlungstisch», mahnen die beiden Atomkraft-Gegner.

Atomkraftgegner rechnen mit Zulauf bei Protesten

Rund 50 Organisationen wollen sich den Angaben zufolge am 7. März an der Demonstration vor dem Rathaus in Ahaus beteiligen. Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland rechnet mit einem deutlichen Zulauf bei weiteren Protesten, sollten Bund und NRW-Landesregierung an den Transporten der 152 Castor-Behälter aus Jülich festhalten. «Das wäre die größte Transportserie von hoch radioaktivem Atommüll in der Geschichte der Bundesrepublik.»

Wann die Castoren rollen sollen, ist noch unklar. Der BUND war vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit einem Eilantrag gegen den Sofortvollzug der Castor-Transportgenehmigung gescheitert, hat aber bereits Beschwerde dagegen eingelegt.

epd lwd kat spi

| | | | |
|----------------|---------------------------|----------|---------------|
| Wörter: | 313 | Ausgabe: | Einzelausgabe |
| Ressort: | Politik | | |
| Rubrik: | Demonstrationen/Atomkraft | | |
| Medienkanal: | ONLINE | | |
| Mediengattung: | Nachrichtenagentur | | |
| Medientyp: | AGENTUR | | |

Wohin mit dem Endlager?

Deutschland sucht einen Ort, wo es seinen hoch radioaktiven Atommüll für eine Million Jahre sicher verstauen kann. Welche Teile des Saalekreises dazu noch infrage kommen.

Von Robert Briest

Querfurt/Merseburg/MZ. Gorleben, Lubmin, Ahaus – an diesen Orten lagert derzeit Deutschlands hoch radioaktiver Abfall, zumeist Hinterlassenschaften der Atomkraftwerke. Künftig könnten diese mit anderen Ortsnamen in Verbindung kommen: Querfurt, Schafstädt oder Bad Lauchstädt etwa. Das ist derzeit zwar noch nicht sehr wahrscheinlich, aber auch nicht ausgeschlossen, denn: Während etwa der Burgenlandkreis bis auf kleine Areale im Westen nicht in Frage kommt sind weite Teile der Querfurter Platte weiter im „Rennen“, um den einen Endlagerstandort, den Deutschland künftig schaffen will. Was das bedeutet und wie es weitergeht, dazu standen im Umweltausschuss des Saalekreises Vertreterinnen der Bundesagentur für Endlagerung (BGE) Rede und Antwort.

1 Was ist die Bundesagentur für Endlagerung?

Die Aufgabe steckt im Namen. Die in Peine bei Hannover angesiedelte Tochterfirma des Bundes soll in „einem wissenschaftsbasierten, transparenten und lernenden Verfahren“ einen geeigneten Standort für das deutsche Atommüllendlager finden. „Es geht darum: Was ist der sicherste Ort?“, erläutert BGE-Mitarbeiterin Thora Schubert. Grundlage für die Arbeit der Bundesagentur ist das 2017 vom Bundestag novellierte Standortauswahlgesetz.

2 Was heißt „sicherster Ort“?

Der Atommüll soll unter Tage gelagert werden. Die Grundprinzipien lauten: Der Standort muss auf deutschem Boden liegen und eine tiefe geologische Lagerung mit Sicherheit für eine Million Jahre bieten. In den ersten 500 Jahren soll der Abfall im Zweifelsfall aber noch bergbar sein. Die Sicherheit sollen dicke Schichten aus Kristallin, Tongestein oder Steinsalz bieten.

3 Wie geht die BGE bei der Suche vor?

„Wir haben mit einer weißen Landkarte begonnen“, erklärt Schubert die Theorie: „Dann schließt man schrittweise aus, bis man bei dem am besten geeigneten Standort ankommt.“ Der Suchprozess ist vom Gesetzgeber in drei Phasen unterteilt, zwischen denen es jeweils Öffentlichkeitsbeteiligung und eine Bundestagsentscheidung zum Stand geben soll. Für Phase eins untersucht die BGE in mehreren Schritten das gesamte Land anhand vorhandener geologischer Daten. „So kann man schon viel ausschließen.“ Schubert vergleicht den Prozess mit einem Lauf über immer höher werdende Hürden. Die ersten sind etwa, dass eine Gesteinsdicke von über 100 Metern, die nicht stark gefaltet ist, vorhanden sein muss.

Am Ende dieser Phase eins sollen „Standortregionen“ übrig bleiben. In diesen würde es in Phase zwei dann Erkundungen von oben, beispielsweise in Form von Bohrungen, geben. In Phase drei würden dann die vielleicht zwei, drei verbliebenen potenziellen Standorte auch unterirdisch untersucht. Siedlungen über dem am besten geeigneten Ort wären laut BGE übrigens kein Ausschlusskriterium. Hier wäre gegebenenfalls nur eine andere Erschließung des Endlagers als ein vertikaler Schacht notwendig.

4 Wie weit ist die BGE mit der Suche?

Etwa in der Mitte von Phase eins. Weite Teile des Landes sind bereits ausgeschlossen – im Saalekreis etwa ein breiter Streifen von Mücheln über Merseburg bis nach Landsberg. Auch die Region um Teutschenthal ist wegen der Kavernen und ehemaligen Bergwerke schon raus. Nachvollziehen können das die Bürger anhand einer regelmäßig aktualisierten Karte auf der Website der BGE. Gebiete, die dort türkis gefärbt sind, befinden sich weiterhin im „Ren-

nen“ um das Endlager. Bei ihnen prüft die BGE in Phase eins nun noch, wie gut der Einschluss radioaktiver Teilchen funktionieren würde und was innerhalb der Teilgebiete das „Filetstück“ wäre.

5 Ist die Querfurter Platte so ein türkisches Gebiet?

Ja. Das zieht sich nach Westen weiter ins Thüringer Becken hinein. In diesem Gebiet gibt es laut Schubert eine flach lagernde Steinsalzschiefer von ausreichender Dicke.

6 Wie wahrscheinlich ist es, dass das Endlager in den Saalekreis kommt?

Eine genaue Angabe ist nicht möglich. Stand jetzt ist sie größer null, aber auch nicht groß. Schubert betont: „Türkis heißt noch nicht Standortregion.“ Und die BGE-Kommunikationschefin Dagmar Dehmer ergänzt: Allein in Bayern gebe es zwölf solcher türkis eingefärbten Gegenden. Zudem werde die Kategorisierung für weite Teile Norddeutschlands erst Mitte 2026 fertig sein. Die Geologen vermuten auch dort noch einige türkise Regionen.

7 Wie soll das Endlager aussehen?

Notwendige Größe und Tiefe variieren je nach Gesteinsart vor Ort. Bei Tongestein rechnet die BGE mit einer Ausdehnung von zehn Quadratkilometern im Boden. Bei Steinsalz wie auf der Querfurter Platte wären es nur etwa drei. Dehmer erklärt: „Die Einlagerung ist bei Steinsalz in mindestens 500 Metern Tiefe geplant.“ Das Material soll ohne Castoren in voneinander getrennten Kammern erfolgen.

8 Wann steht fest, wo das Endlager entsteht?

Wenn der Bundestag das Prozedere in den kommenden Jahren und Jahrzehnten nicht per Gesetz ändert und die BGE tatsächlich alle Phasen abarbeitet, rechnet Dehmer mit „in den 2070ern“. Sollte eine Entscheidung schon nach Phase zwei möglich sein, wäre sie bereits Mitte des Jahrhunderts denkbar. Gut möglich aber, dass bis dahin niemand mehr

an Querfurt, Schafstädt oder Bad Lauchstädt im Zusammenhang mit Atommüll

denkt, weil die Region vorher in der

Prüfung durch die Bundesagentur aussortiert wurde.

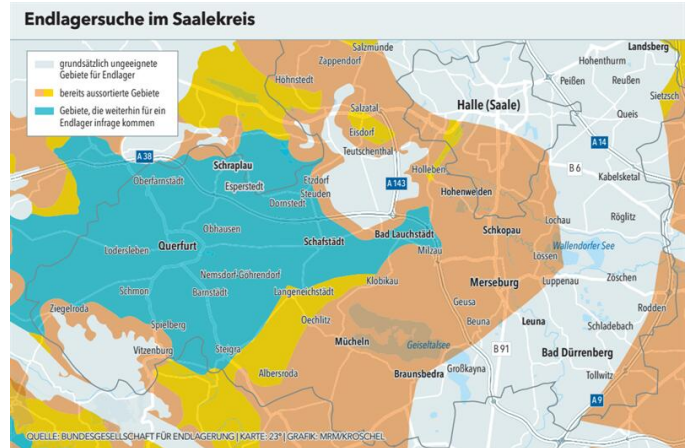
Wörter: 760
Seite: 17 bis 17
Ressort: Lokal
Rubrik: Weißenfels
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage¹: 5.771 (gedruckt)
6.268 (verkauft)
6.833 (verbreitet)
Reichweite²: 0,01525 (in Mio)

Urheberinformation: Mediengruppe Mitteldeutsche Zeitung GmbH & Co. KG

¹IVW 4/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen



„Würde Airbus-Absturz überstehen“

Die Schutzwand am Zwischenlager in Krümmel wird nachgerüstet. Auch die Dauer der Genehmigung wird nicht reichen

Von Dominik Heuer

Krümmel. Knapp 25 Jahre lang wurde am Kernkraftwerk Krümmel Strom erzeugt. Deutlich länger wird die Region aber mit den Auswirkungen dieser Zeit zu tun haben, wie die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) jetzt im Winsener Kreishaus berichtete. Denn während aktuell der Rückbau des Kraftwerks läuft, wird auch schon die Verlängerung der Genehmigung für eine Zwischenlagerung vorbereitet – die aktuelle reicht „nur“ bis 2046. Auch über die Sicherheit im Kriegsfall sprach der BGZ-Vertreter.

Über 200 Milliarden Kilowattstunden wurden in Krümmel produziert. Doch das ist schon lange her, seit 2011 ist das Kernkraftwerk an der Elbe offiziell stillgelegt. Trotzdem hat es bis 2024 gedauert, ehe die Genehmigung für den Abriss vorlag. Im vergangenen Jahr starteten die Rückbauarbeiten, die etwa 15 Jahre dauern sollen. Das würde dann zeitlich auch zur aktuellen Genehmigung für die Zwischenlagerung des Atommülls passen, die noch bis 2046 läuft.

Das Problem ist aber die Verzögerung bei der Endlagersuche, die konkrete Auswirkungen auf die Zwischenlager hat. „Es ist abzusehen, dass wir eine neue Genehmigung brauchen werden“, erklärte BGZ-Pressesprecher Jonas Wingert. Damit würden nicht nur organisatorisch neue Hürden auf die Verantwortlichen zukommen, sondern auch fi-

nanziell. „Diese Verzögerung löst hohe Kosten aus.“

Aktuell läuft am Kernkraftwerk Krümmel alles nach Plan. Der Neubau für das Zwischenlager für die Abfälle, die durch den Rückbau der Anlage entstehen, ist fast fertig und soll noch in diesem Jahr von Betreiber Vattenfall auf die dann zuständige BGZ übertragen werden. Anschließend müsse wohl auch das Bürogebäude noch aufgestockt werden, sagte Wingert.

Zwei Zwischenlager in Krümmel

Künftig stehen dann zwei Zwischenlager am alten KKK-Standort: eins für die ausgedienten hochradioaktiven Brennstäbe und eins für den nun anfallenden schwach- und mittelradioaktiven Bauschrott. „In Krümmel wird aber nur das gelagert, was auch von dort stammt“, stellte Wingert klar. Abfall oder Brennelemente aus anderen Kraftwerken finden dort also keinen Platz.

Am Standort Krümmel stehen daher drei Themenbereiche im Fokus: Instandhaltung, Überwachung und Sicherung. 25 Mitarbeiter sind dafür noch immer im Einsatz, sie führen regelmäßige Messungen durch und stehen mit der Aufsichtsbehörde im Austausch. Die stellte kürzlich erst einen Nachbesserungsbedarf fest.

„Wir mussten die Schutzwand des Zwischenlagers nachrüsten“, erklärt Wingert. Es sei jetzt durch einen Meter di-

cken Stahlbeton geschützt. „Uns wurde attestiert, dass das Lager damit auch einen gezielt herbeigeführten Absturz eines Airbus-Flugzeugs überstehen würde“, berichtet der Pressesprecher. Damit hätten Gebäude und Behälter nun ein „sehr hohes Schutzniveau“, gegen alle Kriegswaffen sei man damit aber trotzdem nicht gewappnet. Sollte es so weit kommen, würde Krümmel aber ohnehin zusätzliche Unterstützung von der Bundeswehr bekommen, sagte Wingert. Sorgen um die Sicherheit des Zwischenlagers müssten sich die Bürger also keine machen.

Bei der Suche nach einem Endlager erwartet das Winsener Kreishaus in Kürze spannende Ergebnisse. „In diesen Tagen sind unsere Gebiete in der Betrachtung“, berichtet Dr. Alexander Stark, Leiter der Stabsstelle Kreisentwicklung des Landkreises Harburg. Seiner Einschätzung nach sei es wahrscheinlich, dass Gebiete im Landkreis in die Kategorien A oder B eingestuft werden – ihnen also eine gute bis beste Eignung bescheinigt wird. „Es ist gut möglich, dass wir interessant sein könnten“, so Stark.

Das sei aber auch nur eine Zwischenbilanz. Bis bundesweit alle Gebiete betrachtet wurden, wird es wohl noch zwei Jahre dauern. „Ob wir am Ende auch wirklich der beste Standort sind, kann man jetzt noch nicht sagen, das wird sich noch zeigen“, meint Stark.

Wörter: 563
Seite: 8
Ressort: Lokales
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Einzelausgabe
Auflage¹: 16.905 (gedruckt)
20.294 (verkauft)
21.657 (verbreitet)
Reichweite²: 0,05212 (in Mio)

¹IVW 4/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Energie

Atom-Pläne mit neuartigen Reaktoren „fern jeder Realität“

Atomkraftwerke werden wieder positiv wahrgenommen. Eine Forschungsarbeit geht dem nach, auch mit Blick auf die Geschichte. Mit ernüchternden Ergebnissen.

Gerade in letzter Zeit erklären verantwortliche Politikerinnen und Politiker auch hierzulande wieder verstärkt: Neuartige Atomkraftwerke seien die wahre, weil billigere Zukunft unserer Stromversorgung. Doch Fanny Böse versetzt ihnen mit ihrer brandaktuellen Doktorarbeit einen Schlag ins Kontor: Bei der Onlinepräsentation ihrer Dissertation „Long-Term Development of the Nuclear Power System: A Socio-Techno-Ecological Analysis of Technology, Narratives and Sustainability Gaps“ stellte sie jedenfalls klar: „Diese Ideen sind fern jeder Realität!“

Jetzt wäre einer solchen Veröffentlichung mit großer Skepsis entgegenzutreten – wenn sie nicht ausge-rechnet beim BASE entstanden wäre, dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, also einer dem Bundesumweltministerium nachgeordneten Atom-Aufsichtsbehörde. Und dessen Chef, Bundesumweltminister Carsten Schneider, hatte unlängst erst zu Avancen seiner Kabinettskollegin Karherina Reiche in Richtung neuer Kernkraftwerke gesagt: „Diese kleinen Reaktoren sind ein großer Mythos. Es wird viel über sie geredet, aber es scheidet an der Umsetzung.“

toc

Studienarbeit widerspricht Aussicht auf preiswerte Kleinreaktoren

Zur Erinnerung: Ende des Jahres 2025 musste Kanadas Regierung Markus Söder widersprechen: Bayerns CSU-Ministerpräsident hatte der Öffentlichkeit von einem dort funktionierenden „Small Modular Reactor“ (SMR) als Vor-

bild auch für unsere Stromwirtschaft erzählt. Aber im Land nördlich der USA gibt es gar kein solches SMR-Projekt, nur eine vage Idee dafür.

Die promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin Fanny Böse hat nun klargestellt: Zwar werde immer wieder erwartet, SMR-Reaktoren würden die Kernkraft günstiger machen. Sie haben jedoch weniger als 300 MW elektrischer Leistung. „Das Problem ist zunächst der Kostennachteil gegenüber den bestehenden Techniken: Den müssen sie erst einmal kompensieren.“ Dafür trug sie „Lernraten“ vor: „Erst ab 3000 Reaktoren mit identischem Design ist ein SMR gleich teuer wie heutige AKW. Das gibt Ihnen vielleicht eine Idee, von welchen Dimensionen wir sprechen.“ Denn Status quo seien vereinzelt realisierte SMR: zwei in Russland, einer in China. Die US-Firma Nuscale wiederum, die sich selbst als „the global leaders in SMR nuclear technology“ bezeichnet, hat laut der Wissenschaftlerin „finanzielle Schwierigkeiten. Wir sind also ganz weit entfernt“ von der Zahl 3000.

Das Kernenergieparadoxon: Wiederholung bekannter Technologiekonzepte macht noch keinen realen Boom

Die zweite, immer wieder erwähnte Atomkrafttechnologie ist die sogenannte „Plutonium-Ökonomie“: Reaktoren, die sich ihren Brennstoff selbst „erbrüten“. Davon seien in Russland drei Anlagen in Betrieb und in China eine. Dabei stamme das Konzept bereits aus den 1970er-Jahren, stellte Böse fest und nannte eine „Szenariensammlung“, die immer noch im Umlauf sei. Doch bis heute sei „deren Kostenvorteil

rein hypothetisch“; selbst Leichtwasserreaktoren seien weiterhin billiger.

In ihrer Doktor-Arbeit zeigt sie auch auf Grundlage umfangreicher Datenanalysen auf: Ambitionierte Ausbauprojektionen stellten für die Atomenergie kein neues Phänomen als Antwort auf den Klimawandel dar, sondern bildeten seit den 1970er-Jahren ein wiederkehrendes Muster.

Warum aber werden diese Neu-Atom-Ideen trotzdem immer wieder in die Öffentlichkeit gestellt, wurde die BASE-Mitarbeiterin gefragt. Ihre Antwort: „Das ist das Kernenergieparadoxon“; verschiedenste Energie-Organisationen „haben über lange Jahre ihre alten Szenarien im Blick und lassen die unrealistischen Annahmen weiterleben“. Dabei berief sie sich unter anderem auf Szenarien der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA, der Internationalen Energieagentur IEA oder des Weltklimarats IPCC.

Strom aus neuen Atomkraftwerken wäre Stand heute viel zu teuer

Ohnehin stagniere der Atom-Zubau seit den 1980er-Jahren; die installierte elektrische Atomkraftwerksleistung sank von etwa 105.000 MW (1990) auf um die 95.000 MW (2020). Zubau sei außer in Ländern wie China oder Russland, wo der Staat für die Kosten aufkommt, kaum zu verzeichnen. Und die wenigen aktuell im Bau befindlichen Atomkraftwerke auf Basis von Leichtwasserreaktoren in westlichen Ländern seien „stark überteuert und dauern deutlich länger als erwartet“. Nur eines der von Böse genannten Beispiele: Flaman-

ville-3 im Nachbarland Frankreich. Das Atomkraftwerk sollte ursprünglich 4,3 Mrd. \$ kosten, zurzeit stehen 25 Mrd. \$ im Raum. Gebaut wurde dort 17 Jahre lang, geplant waren gerade mal 4,5.

Und dann spreche noch etwas anderes gegen neue Atomkraftwerke: Der Strompreis. Lag der für Atomstrom in den 1950er-Jahren bei 42 \$/MWh, kostete die Megawattstunde 2022 schon 180 \$. Darin seien weder Kosten für den Rückbau der AKW noch für die Endlagerung berücksichtigt. Dagegen wurden zu diesem Zeitpunkt Solar- und Windstrom bereits für unter 60 \$/MWh produziert, Tendenz weiter stark sinkend, erläuterte Fanny Böse. Deshalb nannte

sie „die Annahmen von deutlich niedrigeren Atomstrom-Kosten, als wir heute haben, unrealistisch“.

Forescherin fordert „kritischen Diskurs“ zum Atomenergieausbau

Die Wissenschaftlerin hatte im Verlauf ihrer dreijährigen Erarbeitung der Dissertation demnach festgestellt: Es gebe immer wieder „die Erwartung an langfristig greifbare Technologien, aber Energieszenarien sind in der Wissenschaft abstrakt, sind Annahmen und Narrative“. Oder es seien gar „Projektionen von Experten auf aktuell vorgegebene Roadmaps und auf politische Pläne“,

so Böse bei der Vorstellung ihrer Forschungsergebnisse.

Am Ende kam Fanny Böse noch einmal auf das Kernenergieparadoxon zurück: Die „hypothetischen und sehr optimistischen Annahmen“ einiger internationaler Organisationen mit starken Ausbauszenarien stünden bis heute „im starken Kontrast zur Realität“, würden aber weiterhin in der realen Welt genutzt. Ihre Forderung deshalb: „Wir brauchen einen kritischen Diskurs und möglichst eine Anpassung“, damit es zu guten energiepolitischen Entscheidungen kommen könne.

| | | | |
|----------------|-------------------|-----------------------------|---------------|
| Wörter: | 813 | Ausgabe: | Einzelausgabe |
| Autor/-in: | Heinz Wraneschitz | Visits (VpD) ¹ : | 4.000 |
| Medienkanal: | ONLINE | | |
| Mediengattung: | Online News | | |
| Medientyp: | ONLINEMEDIEN | | |

Weblink: <https://www.vdi-nachrichten.com/technik/energie/die-langfristige-entwicklung-der-kernenergie-zwischen-erwartung-und-realitaet/>